

An die
Kirchenleitung der
Ev.-Luth. Nordelbischen Kirche

Dänische Str. 21/35

24103 K I E L

**Nordelbische
PastorInnenvertretung**
Vorsitzender P. Herbert Jeute
Kirchenstr. 35
25709 Kronprinzenkoog

8. Januar 2009

Stellungnahme zur Vorlage Besoldungsausgleich in der „Kirche im Norden“

Stellungnahme zum Vertrag über die Bildung einer gemeinsamen Kirche in Norddeutschland

Sehr geehrter Herr Bischof Ulrich,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die PastorInnenvertretung der nordelbischen Kirche lehnt den Vertrag über die Bildung einer gemeinsamen Kirche in Norddeutschland und die Vorlage zur Besoldungsausgleichung in der Kirche im Norden einstimmig ab.

B e g r ü n d u n g:

1. Der PastorInnenvertretung wurde von leitenden Personen der NEK, wie z.B. durch den damaligen Vorsitzenden der Kirchenleitung, Bischof Knuth, bei der Vollversammlung der PastorInnenvertretung zugesichert, die Bildung einer Nordkirche würde nicht zu Einkommensverlusten führen. Auf unsere Nachfrage in der Lenkungsgruppe auf eine entsprechende Bemerkung, ob die PastorInnenbesoldung zur Verhandlungsmasse gehöre, wurde dies deutlich verneint.
2. Die Verschlechterung der Einkommensstruktur wird in einer Zeit geplant, in der die Einnahmen der Kirche EKD-weit deutlich höher sind, als vor wenigen Jahren erwartet. Eine so grundlegende Kürzung der Einkommen ist aber nach unserer Auffassung nur bei einer Notlage der Kirche möglich. Eine solche müsste dann alle Mitarbeitenden betreffen. Die hier geplante Maßnahme trifft ausschließlich die Pfarrerschaft. Besonders ärgerlich ist, dass höhere Einkommensstufen ab A 14 in Verbindung mit Sparmaßnahmen nicht erwähnt werden. Die Pfarrerschaft wird u.E. politisch als Verhandlungsmasse missbraucht.
3. Die geplante Halbierung der Durchstufung soll trotz der Einkommens- und Versorgungskürzungen der vergangenen Jahre erfolgen. Sie trifft gerade die Jahrgänge, die besonders durch lange Wartezeiten, Stellenreduzierungen und Mehrarbeit durch die Verminderung der Gemeindepfarrstellen in ihrer wirtschaftlichen Lebens- und Familienplanung belastet wurden.
4. In der Begründung der Vorlage wird auf die hannoversche Landeskirche verwiesen. Nach Information des Pfarrerausschusses der hannoverschen Landeskirche ist dort 2011 ein Moratorium zur Halbierung der Durchstufung nach A 14 geplant. In den neuen Ländern wird die Bundesbesoldung dem Westniveau angepasst. Wir gehen davon aus, dass die

Landeskirchen dort angesichts des kommenden PfarrerInnenmangels ebenfalls mittelfristig eine Angleichung an das Westniveau planen.

5. Die Diskussionen um die Nordkirche haben deutlich gezeigt, dass das Amts- und Gemeindeverständnis besonders in der mecklenburgischen Landeskirche sich deutlich von der nordelbischen Kirche unterscheidet. Der moralische Druck, der hier auf die PastorInnen- und MitarbeiterInnenschaft ausgeübt wird, ist angesichts der erwarteten Mehreinnahmen für die neuen Kirchenkreise, die höher sind als die Kosten einer Einkommensangleichung, für uns nicht nachvollziehbar und theologisch fragwürdig.
6. Die finanziellen Folgen der Bildung einer gemeinsamen Kirche im Norden sind bei einer guten Einnahmesituation verkraftbar. Aber die Wirtschaftsaussichten sind unklar und wir erinnern mit Schrecken die Zeit des Sparens. In einer Sparsituation bedeutet 5% weniger Zuweisung an Kirchengemeinden, dass sofort Mitarbeiterstellen abgebaut werden müssen. Die Nordkirche führt zu erheblichen Investitionskosten und unübersehbaren Folgekosten. Dazu gehört auch das Großprojekt eines Verwaltungsneubaus in Lübeck oder anderswo.
7. Der Verlauf der Planungen für eine Kirche im Norden zeigt deutlich, sie ist ein Modell von oben, geleitet von betriebswirtschaftlichen Motiven oder besonderen Ideen von Größe, für die wir keine theologischen Grundlagen kennen. Sie ist fernab von Gemeinderealität in den jeweiligen Landeskirchen konstruiert und wird in einem rasanten Tempo durchgesetzt. Wir befürchten, dass wichtige Identitäten der volkshirchlichen Mitglieder in Norddeutschland aufgegeben werden. Besonders für Nordelbien ist die Bildung einer neuen Landeskirche nach dem jüngsten Reformprozess schwierig und kann nicht zur Mitgliederfestigung dienen. Denn diese brauchen verlässliche Beziehungen und überschaubare Einheiten, die identitätsstiftend wirken. Vertrauen und Verlässlichkeit sind Werte, die nicht nur auf Gemeindeebene abgearbeitet werden können, sondern durch kirchenleitendes Handeln ergänzt werden müssen.
8. In den Rückmeldungen aus der PastorInnenenschaft wird immer wieder darauf hingewiesen, dass hier nicht eine Kirche langsam zusammenwächst, sondern dass die Kirche im Norden als von oben geplant und mit massivem Druck durchgesetzt erlebt wird. Gerade dass auf die „einmalige Gelegenheit“ verwiesen wird oder auf die Bereitschaft zum Zusammengehen aufgrund der wirtschaftlichen Not, weckt den schalen Geschmack der Übernahme. In den beteiligten Landeskirchen ist in der jeweils eigenen Geschichte auch ein jeweils eigenes Amts-, Gemeinde-, und Kirchenverständnis gewachsen. Diese gewachsenen Identitäten zu schnell von „oben“ zu vereinen wird zu Konflikten und Verbitterungen führen, die der Kirche schaden. Uns fehlen gemeinschaftsstiftende theologische Begründungen und Visionen einer neuen Kirche, die mehr sind als nur „groß“ oder „zum ersten Mal Ost und West“ zusammen. Die oberflächliche Vermischung von Theologie, Moral und Besoldungsrecht führt zu Ungerechtigkeit und schädigt die Motivation innerhalb der Pfarrerschaft.

Wir bitten Sie, wegen der Vielzahl der Probleme, der Vorlage und dem Vertrag nicht zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Herbert Jeute,
für die PastorInnenvertretung